



► **Nr. VO/2018/06583**
öffentlich

Lübeck, 08.10.2018

Bearbeitung: Dana Gladasch (E-Mail: dana.gladasch@luebeck.de Telefon: 122 - 1217)

Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft zur VO/2018/06344 behandelt in der Sitzung vom 30.08.2018 mit TOP 5.10. an den Jugendhilfeausschuss zum interfraktionellen Antrag von Die Linke & Freie Wähler / GAL: AT zu Neu-Gründung eines "Bündnis für Familie der Hansestadt Lübeck" VO/2018/06214

Sitzung der Bürgerschaft am 30.08.2018

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.10. mit VO/2018/06344 den nachstehend aufgeführten interfraktionellen Antrag von Die Linke & Freie Wähler / GAL in den Jugendhilfeausschuss (federführend) und den Ausschuss für Soziales überwiesen und anschließende Beratung in der Bürgerschaft:

AT zu Neu-Gründung eines „Bündnis für Familie der Hansestadt Lübeck“ VO/2018/06214

Antrag:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt unverzüglich die Neu-Gründung eines „Bündnis für Familie der Hansestadt Lübeck“ zu initiieren und zu organisieren. Federführend ist der Jugendhilfeausschuss durch die Verwaltung auf dem Laufenden zu halten. Daneben sind der Sozialausschuss und der Gleichstellungsausschuss (nach seiner Einsetzung) zu beteiligen.
2. Die konstituierende Versammlung, mit Vertreter_innen aus der Wirtschaft, Verwaltung, Bildung und Zivilgesellschaft (soziale Vereinen und Verbänden, ehrenamtlichen Initiativen von Eltern, Sozial- und Erziehungsberufen, Gewerkschaften und Politik) soll noch in diesem Jahr stattfinden.
3. Ziele des „Bündnis für Familie der Hansestadt Lübeck“ sind:
 - a. die Verbesserung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Lübeck.
 - b. die stetige Verbesserung der Lebenssituation von Familien in Lübeck, dazu soll das Bündnis ein langfristiges Konzept erarbeiten und umsetzen.
 - c. ideale Rahmenbedingungen für ein generationsübergreifendes Miteinander für die Zukunft Lübecks zu schaffen.
4. Das „Bündnis für Familie der Hansestadt Lübeck“ soll sich eine Geschäftsordnung geben, die unter anderem regelt, dass:
 - a. die Mitgliedschaft und regelmäßige Beteiligung für möglichst viele Vereine, Verbände, Initiativen, Parteien und Gewerkschaften möglich wird.

- b. die Arbeit im großen Plenum und in kleinen Unter-Arbeitskreisen (thematisch oder regional bezogen) organisiert möglich ist. Mindestens die Sitzungen des Plenums finden öffentlich statt.

Begründung:

„Wir wollen dazu beitragen, dass Frauen und Männer ihre Lebensvorstellungen verwirklichen können. Die große Mehrheit will sowohl beruflichen Erfolg, als auch Kinder haben. (...) Politik hat den Menschen nicht vorzuschreiben, wie sie leben sollen, sondern Rahmenbedingungen zu schaffen, damit junge Menschen – so wie sie es wollen – sich für Kinder und Familie entscheiden können.“ aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005 Bündnisse für Familie haben sich bundesweit bewährt und beschäftigen sich mit vielen unterschiedlichen Themen, auszugsweise seien genannt:

- Vereinbarkeit von Beruf und Familie und familienfreundliche Arbeitsbedingungen
- familienfreundliche Kommune
- Freiwilligenarbeit und generationsübergreifende Zusammenarbeit
- Gesundheit und Pflege

In Lübeck ist es dringend erforderlich ein Bündnis für Familie neu zu starten, damit möglichst viele Lübecker_innen an den gesellschaftlichen Diskussionsprozessen teilnehmen können.

Vfg.

1. Vermerk

Neu – Gründung eines "Bündnis für Familie der Hansestadt Lübeck"

DIE LINKE & FREIE WÄHLER/GAL: AT zu Neu-Gründung eines "Bündnis für Familie der Hansestadt Lübeck" VO/2018/06214 / interfraktioneller Antrag

Überblick für die Diskussion in den Ausschüssen:

In Lübeck gibt es bereits Erfahrungen mit einem Bündnis für Familie. Im August 2005 wurde ein „Lokales Bündnis für Familie in Lübeck“ gegründet. Die gemeinsame Federführung lag bei der IHK Lübeck und beim FB Kultur und Bildung. Ein paar Informationen dazu:

- Im Dezember 2003 hatte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Programm „Lokale Bündnisse für Familie“ ins Leben gerufen. Vorgeschlagen wurde ein lokaler Zusammenschluss unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Vereinen und Verbänden. Ziel sollte die Schaffung eines positiven Klimas für Kinder und Familien sein. Dazu sollen regionale Beispiele erfolgreicher Familienpolitik ins Blickfeld gerückt werden, zur Nachahmung empfohlen und zur Entwicklung eigener Initiativen angeregt werden.
- In Lübeck wurde am 29.08.2005 gemeinsam von der IHK Lübeck und der Hansestadt Lübeck im Beisein der damaligen Familienministerin Renate Schmidt die Gründungsurkunde unterzeichnet.
- Es wurden danach vier Arbeitskreise gebildet, der AK Kinderbetreuung, der AK Schule und Jugend der AK Bildung und der AK Familienbewusste Unternehmenspolitik.

2008 hatten Stadt Lübeck und IHK in einer Zwischenbilanz folgende Arbeitsergebnisse festgehalten:

- Erstellung des „FamilienWegweiserLübeck“
- Aufbau eines „Familienservice“
- Entwicklung eines Modells betrieblicher Kinderbetreuung
- Entwicklung eines Logos
- Aufbau von Schulnetzwerken für Ganztagsangebote
- Projekt Grundschule Eichholz: Ganztagsbetreuung für alle Kinder je nach Bedarf
- Familienservice – Hotline
- Weiterentwicklung betrieblicher Kindertagesbetreuung / Info – Veranstaltungen mit der Wirtschaftsförderung

Ein wesentlicher Schwerpunkt lag also in der Unterstützung von Familien durch für sie relevante Informationen, zB. zu Betreuungsangeboten. Gezielt wurde daher nach zwei Info - Veranstaltungen in 2009 und 2010 das „Familienportal“ zur Online – Information sowie die Broschüre Familienwegweiser eingeführt, die seither für aktuelle Informationen rege genutzt werden. Die Stadt Lübeck hat seit dem im Rahmen ihrer Jugendhilfe – und Sozialplanung die Betreuungsangebote für Kinder in Kitas, Kindertagespflege und Schulen erheblich ausgebaut, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, dieser Prozess wird fortgeführt.

Viele der in den Arbeitskreisen entwickelten Idee sind nach und nach umgesetzt worden, allerdings war es kaum gelungen, Bündnispartner aus der Wirtschaft für diese Projekte zu gewinnen. Die meisten Projekte wurden durch die Unterstützung Lübecker Stiftungen auf den Weg gebracht.

Daher haben die IHK und die Hansestadt Lübeck sich 2013 dafür ausgesprochen, das Bündnis ruhen zu lassen. Möglicherweise ist es zielführender, Kooperationsbündnisse dort einzurichten, wo Bedarfe erkannt und gemeinsam Lösungen entwickelt werden können, wie z.B. aktuell im Projekt Bilinguale Erziehung Lübeck. Auf jeden Fall ist dies ein fachbereichsübergreifender Auftrag, der nicht nur die Kinderbetreuung, sondern z.B. auch die Pflege betrifft und entsprechend der Ergebnisse im Sozial – und im Jugendhilfeausschuss von der Verwaltung gemeinsam bearbeitet werden muss.

Petra Albrecht